nach allen Regeln des Parlamentarismus an Abgeordnetenhaus und Senat eine Eingabe, in der er den Kongreß um Gewährung von 50 000 Dollar bittet, mit denen die weitere Suche nach dem geraubten Kinde finanziert werden soll. Als ob die Verfolgung von Verbrechen nicht ohnedies Aufgabe der Polizei sei, oder als ob die Polizei — armes Amerika! — nicht von Haus aus über genügend Mittel verfüge. Auch der Kongreß zweifelt offenbar daran. Denn er bewilligt außer den vom Staatspräsidenten erbetenen 50 000 Dollar weitere 150 000 Dollar, aus denen gleich ein Sonderfonds zur Untersuchung ähnlicher Fälle gebildet werden soll, weil die Herren Abgeordneten offenbar nicht der Meinung sind, daß der kleine Cash das letzte Opfer der kidnappers gewesen ist. Der Leiter der Bundeskriminalpolizei aber erläßt eine geharnischte Erklärung, in der er in echt amerikanischen Superlativen ankündigt, er „werde den größten Feldzug gegen diese Verbrecher durchführen, den die Vereinigten Staaten bis jetzt erlebt haben". Mit dem Erfolg, daß anderntags das geraubte Kind tot aufgefunden, eine der Banknoten aber, die als Lösegeld hingegeben worden waren, in Jacksonville ausgerechnet von einem Polizisten erneut in Umlauf gesetzt wird. Man sucht nach Erklärungen, man denkt an amerikanische Sensationsfilme, in denen Gentleman-Gangster im innigen tête-à-tête mit verbrecherischen Gentlemen vorgeführt werden, man erinnert sich, daß während der Prohibition der Kampf gegen die Alkoholschmuggler deshalb als erfolglos abgebrochen wurde, weil Verbrecher und Polizei Hand in Hand arbeiteten, und man zieht Vergleiche zu dem Fall des Lord Nuffield in England, der auch bisher noch einige seltsame Unklarheiten aufweist.

Als Haupttäter steht vor dem Gericht in Oxford ein gewisser John Bruce Thornton. Er ist der Urheber des Planes, hatte alles bis ins einzelne vorbereitet, hatte seinem Opfer schon lange aufgelauert und war mit ihm sogar bis nach Australien gefahren, wo er sich Perücken und andere Verkleidungsstücke, Fesseln und Ketten für seinen Anschlag kaufte. In London hat er sich nach der Rückkehr noch einen Kraftwagen, falsche Nummernschilder und was sonst nötig war, „besorgt". Lord Nuffield sollte auf eine Jacht verschleppt und auf hoher See gezwungen werden, eine Anweisung auf 100 000 Pfund, nach deutschem Gelde 1,2 Millionen Reichsmark, zu unterschreiben, die Thornton auf einer Bank in Paris abheben wollte. Erst wenn das Geld in Sicherheit war, sollte Nuffield gefesselt und mit verklebten Augen auf einem einsamen Platz an der englischen Ostküste abgesetzt werden. Weigerte er sich aber, die Unterschrift zu leisten, so sollte er kurzerhand über Bord geworfen werden. Für diesen verwegenen Plan brauchte Thornton einen Helfer. Er fand ihn in dem verschuldeten Major a. D. Ramsdon, der auch zusammen mit Thornton im Zimmer des Lords verhaftet wurde. Trotzdem ist Ramsdons Rolle unklar. Angeblich hat er, sobald ihn Thornston in seinen Plan eingeweiht hatte, die Polizei verständigt, die ihn anwies, zum Scheine auf das verbrecherische Anerbieten einzugehen. Wie aber konnte es dann erst zur Ausführung der Tat kommen? Wollte die Polizei ganz sicher gehen und selbst das Leben des Lords aufs Spiel setzen, nur um ja keinen „armen" Verbrecher unschuldig zu verdächtigen? Oder ist die seltsame Verbindung zwischen der Polizei und Ramsdon von derselben Art, wie sie im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" möglich ist?

Der englische Fall ist im übrigen deshalb besonders bemerkenswert, weil Lord Nuffield nicht nur einer der reichsten Männer Englands, sondern auch einer seiner größten Wohltäter ist; seine Stiftungen für gemeinnützige Zwecke gehen in die Millionen. Auch Vater Cash ist ja ein Wohltäter gewesen: der Mörder seines Kindes war sein Tischgast. Und sein schwergeprüfter Landsmann und Leidensgenosse, der Fliegeroberst Lindbergh, war gar der Nationalheld Amerikas. Das hinderte freilich nicht, daß sein Kind geraubt und ermordet wurde und er selbst, an den vielgepriesenen Idealen der persönlichen Freiheit und der Humanität verzweifelnd, bei Nacht und Nebel das Land verließ.

In Deutschland hat sich, soweit wir uns erinnern können, ein einziger Fall von Kindesraub ereignet. Das war 1936 in Bonn. Wenige Tage darauf verkündete die Reichsregierung kraft ihrer autoritären Stärke ein Gesetz, das in einem einzigen Satze besagt: „Wer in Erpressungsabsicht ein fremdes Kind durch List, Drohung oder Gewalt entführt oder sonst der Freiheit beraubt, wird mit dem Tode bestraft." Das ist eine Sprache, die jedermann versteht. Es sollte nicht schwer sein, sie ins Englische zu übersetzen. Wir würden uns, nicht nur in diesem Punkte, besser verstehen.

Ruhigere Stimmen aus London zur Spanienfrage

„Times" erklärt: Bombardierte Dampfer meist an ihrem Mißgeschick selbst schuld

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Juni.

In englischen politischen Kreisen beschäftigt man sich nach wie vor eingehend mit der Spanienfrage. Dabei tritt sehr deutlich das Bestreben zutage, die Lage nicht zu verschärfen. Die Auffassung in den Kreisen der Regierung ist durchaus ruhig, was auch schon darin zum Ausdruck kommt, daß der englische Außenminister Lord Halifax nach einem kurzen Aufenthalt in London wieder in seinen Urlaub zurückgekehrt ist. Man argumentiert in den maßgebenden englischen Kreisen jetzt etwa folgendermaßen: die Bombenangriffe in den letzten Wochen auf englische Schiffe sind nicht auf offener See erfolgt, sondern auf Schiffe, die sich innerhalb spanischer Küstengewässer oder in spanischen Häfen befanden. Für diese Küstengewässer gilt der Grundsatz der Freiheit der Meere nicht. Anderseits kann England auch schwer eine Aktion gegen Franco einleiten, da sich England bisher hartnäckig geweigert hat, die spanischen Parteien als Kriegführende anzuerkennen.

Auf diesen Ton ist auch ein Artikel der „Times" gestimmt, in dem u. a. erklärt wird, die meisten der bombardierten Schiffe seien meist an ihrem Mißgeschick selbst schuld. Sie hätten sich aus Profitgier in Gefahr begeben, aus der man sie nicht habe retten können. Schiffseigentümer und Schiffsbesatzung verdienten bei diesen Fahrten besonders gut. Sie müßten dafür aber auch Gefahren in Kauf nehmen. Außerdem, so fügt die „Times" hinzu, ständen zwar Nahrungsmittel, Oel und Kraftfahrzeuge nicht auf der Liste für Konterbande. Nichtsdestoweniger seien diese Dinge für die kriegführenden Parteien ebenso wichtig wie Munition oder Bomben. Das englische Blatt verweist noch darauf, daß einige englische Schiffe von der sowjetspanischen Regierung gemietet worden seien und unter Befehl ihrer derzeitigen Auftraggeber ständen, also gar nicht als eigentlich englische Schiffe anzusprechen seien. Die „Times" hofft, daß es möglich sein wird, durch Vereinbarungen mit beiden spanischen Lagern wenigstens in einigen Häfen Sicherheitszonen zu schaffen, in denen Schiffe, die nicht Konterbande führen, ihre Ladung gefahrlos löschen können. Mit dieser ruhigen Betrachtung der Lage ist die Opposition keineswegs einverstanden. Sie wendet sich in scharfen Artikeln gegen Chamberlain, dem sie vorwirft, daß er sich dem Angelsport hingebe, während englische Schiffe brennen. Man rechnet damit, daß die ganze Angelegenheit in Kürze im Unterhaus zur Sprache kommen wird.

Auch Paris ist zurückhaltend

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

Paris, 10. Juni.

Im Ministerrat vom Freitag haben sich Ministerpräsident Daladier und Außenminister Bonnet sehr eingehend über die sich immer mehr häufenden Luftangriffe auf französische Dampfer, sowie über die Bombenabwürfe auf das südfranzösische Grenzgebiet am Pfingstsonntag ausgesprochen. In Paris zeigt man sich nach wie vor sehr zurückhaltend über die Ansicht einer Unterbindung derartiger Luftangriffe und glaubt vor allem nicht, daß das Nyoner Abkommen auf die Luft ausgedehnt werden könne. Dazu würde es der italienischen Beteiligung bedürfen und diese hält man nach wie vor für ausgeschlossen. Man hat den Eindruck, daß man in dieser heiklen Frage gern den Engländern die Initiative überlassen möchte.

Jedenfalls bringt am Freitagabend Dorlot in der „Liberté" einen sensationellen Artikel, in dem es heißt, es sei in allen amtlichen Kreisen ein offenes Geheimnis, daß es Flugzeuge sowjetspanischer Herkunft gewesen seien, und zwar französisches Fabrikat. Es seien dreimotorige Bloch-Flugzeuge gewesen, die der ehemalige Luftfahrtminister Pierre Cot seinen bolschewistischen Freunden geliefert habe. Die von den Flugzeugen abgeworfenen Bomben würden aber, so schreibt die „Liberté" weiter, nichts gegen die politischen und diplomatischen Bomben gewesen sein, die geplatzt wären, wenn der Ministerpräsident gesagt hätte, daß die Flugzeuge Barcelona gehörten und von französischen Fabriken geliefert worden seien. Da der Ministerpräsident aus innerpolitischen Gründen die Wahrheit nicht sagen könne, habe er sich darauf beschränkt, den Unwissenden zu spielen.

Rom stellt leichte Entspannung fest

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

Rom, 10. Juni.

Die ruhige Stimmung der englischen Oeffentlichkeit, und vor allem die betonte Ruhe und Zurückhaltung der englischen Regierungskreise, hat in Italien den schlechten Eindruck des wilden Londoner Pressefeldzuges der letzten Tage etwas gemildert, so daß der Ton der römischen Abendblätter gegen den Donnerstag an Schärfe und Pessimismus wesentlich verloren hat. Das englische Dementi der Gerüchte, daß die Einberufung einer neuen Konferenz von Nyon zur Beschlußfassung über Maßnahmen gegen die „Luftpiraterie" geplant sei, wird von fast allen Blättern mit unverkennbarer Befriedigung hervorgehoben. Man ergeht sich jedoch in diesem Zusammenhang immer noch in ziemlich scharfe Auseinandersetzungen mit der antifaschistischen englischen Presse, deren Anschuldigungen, daß die jüngste Bombardierung englischer Schiffe als planmäßige antienglische Aktion aufzufassen sei und außerdem eine Verletzung des internationalen Rechtes darstelle, mit Nachdruck zurückgewiesen werden.

„Wirtschaftlichkeit und Sozialismus keine Gegensätze"

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley auf der KdF-Reichstagung in Hamburg

Hamburg, 10. Juni.

Nach dem großen Rechenschaftsbericht, den Reichsamtsleiter Dr. Lafferentz über die KdF-Arbeit im letzten Jahre erstattet hatte, überbrachten die Delegationsführer des Auslandes die Grüße und Wünsche ihrer Länder und Völker. Dann nahm, von lebhaftem Jubel begrüßt, Reichsorganisationsleiter Dr. Ley das Wort.

Der Reichsorganisationsleiter betonte, daß das Kraft-durch-Freude-Werk ein Teil der Gesamtarbeit der DAF sei, ein Teil der Gesamtleistung der DAF allerdings, der für sich allein schon auf ungeheure Erfolge hinweisen könne. Unter lebhafter Zustimmung aller Versammelten rief Dr. Ley aus: „Unser heute vorgelegter Rechenschaftsbericht weist für ein Jahr mehr Erfolge auf, als sie alle marxistischen Gewerkschaften der ganzen Welt in Jahrzehnten erreicht haben!"

Dr. Ley zeigte dann die Grundsätze auf, die der sozialen Arbeit im neuen Deutschland zugrundeliegen. „Sozialismus ist der Erfolg und der Ausdruck der Erziehung des Menschen." Man könne noch so schöne Anordnungen und Gesetze erlassen, wenn es nicht gelinge, alle in der Wirtschaft Tätigen, Arbeiter und Unternehmer, Angestellte und Meister, zu anständigen Menschen zu erziehen, dann habe alles andere keinen Sinn. Die DAF habe daher ihre Erziehungsarbeit unmittelbar an die Front verlegt, in die Betriebe, in die Fabriken, in die Werkstätten. Bei dieser gewaltigen Erziehungsarbeit kenne man auch nicht Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern richte den Blick nur darauf, daß jeder es gut mit seinem Volk meint und ordentlich und anständig ist. In dieser ununterbrochenen Erziehungsarbeit gebe es kein Nachlassen, sie sei heute so nötig wie in hundert und in tausend Jahren. Erziehung zur Gemeinschaft, zur Betriebsgemeinschaft, Gefolgschaftstreue und Führerverantwortung, das seien die Parolen, unter denen die Arbeit der Deutschen Arbeitsfront vorangehe. Nicht minder wichtig aber sei die Erziehung der Schaffenden zur Lebensfreude, die der schönste Ausdruck eines wahren Sozialismus sei.

Unter Hervorhebung des Prinzips der Leistung betonte der Reichsorganisationsleiter, daß Wirtschaftlichkeit und Sozialismus keinerlei Gegensätze seien. „Wer die Gemeinschaft will, muß wirtschaften können, und wer wirtschaften will, muß der Gemeinschaft dienen." Es sei auch kein finanzielles Problem, den Menschen Arbeit zu geben, sondern allein eine Frage der Energie und des Willens. „Das neue Deutschland ist nicht durch Banken und Bankiers gebaut worden, sondern allein durch Adolf Hitler und seinen Glauben an das deutsche Volk!"

Zu den ausländischen Gästen gewandt, sprach der Reichsorganisationsleiter von der unbändigen Lebensbejahung des deutschen Volkes und dem starken Friedenswillen des Führers. „Wir glauben daran", so betonte er, unter stürmischer Zustimmung, „daß die Franzosen und Deutschen nicht als Feinde geboren sind, sondern daß beide Länder zusammenarbeiten müßten, wie überhaupt die Völker Europas zusammengehörten!" Unter stärkster Zustimmung stellte Dr. Ley dann fest, daß Deutschland im übrigen gar keine Zeit habe, Krieg zu führen. Er erinnerte dabei an die Bauten, die allein von der DAF in Angriff genommen worden seien, so an die im Bau befindlichen drei Ordensburgen, bei denen je 1200 Arbeiter beschäftigt seien, an das im Werden begriffene KdF-Bad Rügen, wo 4000 Arbeiter Beschäftigung gefunden hätten, an das große Erholungsheim am Rhein, an die sieben Adolf-Hitler-Schulen und andere Bauvorhaben. Ferner erwähnte er, daß der Bau eines Seemannsheimes in Hamburg geplant sei. Dr. Ley ließ schließlich durch die ausländischen Gäste den Staatsoberhäuptern der hier vertretenen Nationen die Grüße der KdF-Reichstagung übermitteln.

•

Aus Anlaß der KdF-Reichstagung fand zwischen Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und dem Führer ein Telegrammwechsel statt.

Bild des deutschen Sozialismus

Hamburg, 10. Juni.

Freitag nachmittag eröffnete im Rahmen einer Feier Reichsorganisationsleiter Dr. Ley in den Ausstellungshallen des Hamburger Zoo die Leistungsschau „Kraft durch Freude", die ein lebendiges und überwältigendes Bild vom Wirken des Sozialismus der Tat bietet.

Nach kurzen Begrüßungsworten des Hauptamtsleiters Pg. Stemmer sprach Dr. Ley in Worten, die von freudiger Bewegung und zugleich von herzlichem Humor getragen waren, von der Größe des KdF-Werkes, das sichtbar vor aller Welt beweise, wie in Deutschland der Sozialismus aufgefaßt werde. Wenn jeder Volksgenosse an den Gütern des Landes teilnehme, werde der Wunsch des Führers erfüllt, daß dem deutschen Menschen — vor allem dem deutschen Arbeiter — die Minderwertigkeitsgefühle genommen würden und der deutsche Mensch nicht hinab- sondern hinaufgeführt werde.

Der Preis des Führers fiel an Dänemark

Berlin, 10. Juni.

Das internationale Preisgericht der Internationalen Handwerksausstellung, zu dessen Vorsitzenden Ministerialrat Pöverlein gewählt wurde, ist sich nach mehrtägiger Arbeit über die Preisverteilung einig geworden. Es standen 61 große Staats- und Ehrenpreise und 600 Ausstellungsmedaillen zur Verfügung. Von den großen Preisen entfielen auf Belgien zwei, Bolivien einer, Bulgarien zwei, Danzig einer, Dänemark zwei, Deutschland neun, England einer, Estland zwei, Finnland zwei, Frankreich zwei, Griechenland zwei, Italien vier, Japan zwei, Jugoslawien zwei, Lettland zwei, Litauen zwei, Luxemburg einer, Norwegen zwei, Polen vier, Rumänien einer, Schweden vier, Schweiz zwei, Tschecho-Slowakei zwei, Ungarn sieben.

Von den deutschen großen Preisen entfiel der Preis des Führers und Reichskanzlers auf Dänemark, der des Generalfeldmarschalls Göring auf die Schweiz, der des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley auf Italien, der des Reichswirtschaftsministers Funk auf Japan und der des Oberbürgermeisters der Stadt des deutschen Handwerks, Frankfurt a. M., Dr. Krebs, auf Schweden. Bei der Zuerkennung dieser Preise wurde die Gesamtleistung der einzelnen Länder beurteilt. Den Preis des Leiters des deutschen Handwerks erhielt die Staatliche Kunstgewerbeschule Riga. Weiter erhielten die Werkstätten der Stadt Halle den Großen Preis des Reichsführers SS Himmler, die Teppichknüpferei Teinach den Preis des Oberbürgermeisters der Reichshauptstadt Berlin für hervorragende Einzelleistungen, und der Mechaniker Franz Feher (Ungarn) den Preis der Leitung der Internationalen Handwerksausstellung.

Tschechische Erpressungsmanöver gegen deutsche Frau

„Wir verfolgen die Hitler-Anhänger, und wenn es bis zum Galgen geht!"

Prag, 10. Juni.

Eine reichsdeutsche Zeugin des tschechischen Gewaltaktes gegen den Pfarrer von Ober-Moldau im Böhmer Wald, Pfarrer Fischer, der am 26. Mai auf der Fahrt zu einer im Sterben liegenden Frau bei dem tschechischen Touristenheim „Eleonorenheim" von tschechischen Soldaten von seinem Motorrad gerissen und verletzt worden war, ist inzwischen Erpressungen ausgesetzt worden:

Wie aus einem der Sudetendeutschen Partei vorliegenden Protokoll hervorgeht, ist sie bei Androhung der Entziehung der Aufenthaltsbewilligung mehrfach von tschechischen Gendarmen aufgefordert worden, ihre Aussage über den Tatbestand zurückzuziehen und der tschechischen Darstellung, nach der der Pfarrer mit seinem Rade ins Schleudern geraten und dadurch zu Fall gekommen sein soll, zuzustimmen. Als sie diesem Verlangen nicht nachkam, hat man der Reichsdeutschen staatsfeindliche Aeußerungen vorgeworfen, weil sie es für nicht angängig gehalten hatte, daß einem Sudetendeutschen seine weißen Strümpfe mit Gewalt ausgezogen wurden. Ein tschechischer Gendarm, der an diesem Erpressungsmanöver gegen die reichsdeutsche Frau beteiligt war, hat dabei wüste Beschimpfungen gegen das deutsche Staatsoberhaupt ausgestoßen. Schließlich erklärte er: „Wir werden die Hitler-Anhänger verfolgen, und wenn es bis zum Galgen ist . . ."

Militärischer Posten am Schachteingang

Drahtbericht unseres Prager ps-Mitarbeiters

Eger, 10. Juni.

Auf einem Braunkohlenschacht in Unterreichenau bei Eger weigerte sich am Freitag die etwa 100 Mann betragende Belegschaft, zur Arbeit einzufahren, weil am Schachteingang aus unbekannten Gründen zwei militärische Wachtposten aufgestellt worden waren. Die Arbeiter brachten zum Ausdruck, daß sie nicht unter der Erde arbeiten könnten, ohne zu wissen, was über der Erde in dieser gespannten Zeit vor sich ginge. Erst als der Stellvertreter Konrad Henleins, Abg. Frank, auf eine dringliche Intervention hin die Zusage erhalten hatte, daß man die militärischen Posten so aufstellen werde, daß nicht der Eindruck entstehen kann, als ob die Arbeiterschaft unter militärischer Bewachung stehen würde, konnte die Belegschaft dazu bewogen werden, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Nationalitätenstatut noch in diesem Monat

Drahtbericht unseres Prager ps-Mitarbeiters

Prag, 10. Juni.

In Prager politischen Kreisen steht nach wie vor das von der Regierung angekündigte Nationalitäten-Statut im Mittelpunkt aller Gesprächsthemen. Das Rätselraten über den Inhalt dieses schon im wahrsten Sinne des Wortes sagenhaft gewordene Statut hat am Freitag wieder neue Nahrung durch ein Interview erhalten, das der tschechische Außenminister Krofta dem Berichterstatter der „Gazetta del Popolo" gewährte. Krofta erklärte bei dieser Unterredung, daß das Nationalitäten-Statut noch in diesem Monat dem Parlament vorgelegt werde, und deutete mit großer Bestimmtheit an, daß die beiden Kammern das Statut genehmigen würden, da es das Ergebnis einer Einigung zwischen den Regierungsparteien darstelle. Die Sudetendeutschen würden Proportionalität im Bereich der Staatsverwaltung und im Staatsleben erhalten. Die Regierung habe sich vorgenommen, so fügte Krofta hinzu, das ganze Problem zu liquidieren, bevor noch das Parlament in die Ferien gehe, damit die Einigung schon im Herbst in die Praxis treten könne.